

Herausforderungen und Stand der Umsetzung der SDGs auf globaler Ebene

Jens Martens, Global Policy Forum

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. wirtschaftl.
Zusammenarbeit u. Entwicklung

Ausschussdrucksache
18(19)477 i
OA SDGs 30.11.2016

29. November 2016



Stellungnahme bei der Öffentliche Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages zum Thema „Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf nationaler und internationaler Ebene“, Berlin, 30.November 2016

Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen basieren überwiegend auf den Beiträgen des internationalen Reports „Spotlight on Sustainable Development 2016“. Der Report wurde von einem breiten internationalen Bündnis aus Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensorganisationen sowie Gewerkschaften erstellt und von DAWN, Third World Network, Social Watch, Global Policy Forum und dem Arab NGO Network for Development mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben (www.2030spotlight.org). Das Einleitungskapitel dieses zivilgesellschaftlichen Schattenberichts zur Umsetzung der 2030-Agenda ist im Anhang dokumentiert.

Zusammenfassung

1. Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung. Das Forum hat allerdings weder konkrete Entscheidungskompetenzen noch eine direkte Koordinationsfunktion. Das erste Treffen im Juli 2016 hat immerhin gezeigt, dass viele Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen die Umsetzung der 2030-Agenda ernst nehmen. Neue Impulse gingen von dem Treffen allerdings nicht aus. Ob das Forum dem Anspruch einer zentralen Führungsrolle bei der Gestaltung globaler Nachhaltigkeitspolitik gerecht werden kann, werden erst die nächsten Jahre zeigen.
2. Das Neuartige an den SDGs ist, dass sie mehrdimensional und universell gültig sind. Dieser Ansatz spiegelt die Breite der zu bewältigenden globalen Herausforderungen wider. Problematisch sind allerdings die Widersprüchlichkeiten innerhalb des Zielkatalogs (Wachstum vs. „planetary boundaries“) und die vage Formulierung der Ziele, die sich mit den Mitteln zur Umsetzung der Agenda befassen. Dies erschwert die effektive Verwirklichung einzelner Ziele.
3. Die größte Herausforderung bei der Verwirklichung der SDGs besteht darin, in den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien auch die Mittel und Wege zur Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele systematisch abzubilden. So wie die SDGs mit ihrem mehrdimensionalen Ansatz alle Politikfelder betreffen, muss auch ihre Umsetzung im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie zur Aufgabe aller Ressorts gemacht werden. Dabei müssen Zielkonflikte überwunden und

Partikularinteressen (z.B. der deutschen Braunkohleindustrie) dem Nachhaltigkeitsprimat der 2030-Agenda untergeordnet werden. Nur wenn dies gelingt, besteht die Chance, dass die neue Entwicklungsagenda ihrem Anspruch einer Transformationsagenda gerecht wird.

4. Viele Arbeitsbereiche der UN sind dramatisch unterfinanziert, die Infrastruktur des UN-Sekretariats in New York ist in einem maroden Zustand. Damit die Vereinten Nationen einen effektiven Beitrag zur Umsetzung der 2030-Agenda und der SDGs leisten können, müssen ihre strukturellen Finanzprobleme gelöst werden. Dies betrifft sowohl die Quantität als auch die Qualität der Finanzierung.
5. Um die deutsche Politik kohärent an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten und die Umsetzung der SDGs im politischen Raum hochrangig zu verankern, sind effektive Institutionen und Instrumentarien erforderlich. Dazu zählen unter anderem ein aufgewerteter Bundestagsausschuss für nachhaltige Entwicklung, um auf Ebene des Bundestages die Umsetzung der 2030-Agenda koordinierend zu begleiten, und die Durchführung eines systematischen „Nachhaltigkeits-TÜV“ *ex ante* für sämtliche politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben.
6. Zur Umsetzung der 2030-Agenda werden verstärkt neue Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren propagiert. Dies birgt allerdings erhebliche Risiken und Nebenwirkungen, u.a. für die demokratischen Entscheidungsprozesse auf globaler Ebene. Denn die Partnerschaften vollziehen sich meist außerhalb der Entscheidungsgewalt und der Kontrolle zwischenstaatlicher Gremien, bei einigen dieser Partnerschaftsmodelle erhalten private Geldgeber die Mitentscheidungsgewalt über die Prioritäten internationaler Politik und die Verwendung öffentlicher Gelder. Diese Modelle relativieren die politische und völkerrechtliche Stellung von Regierungen und Parlamenten und reduzieren diese zu „Stakeholdern“, die auf gleicher Augenhöhe stehen mit privaten Unternehmen und Mäzenen wie dem US-Milliardär Bill Gates.

1. Welches Fazit ist nach dem 1. Bilanztreffen zum Stand der Umsetzung der SDGs in New York zu ziehen?

Vom 11. bis 20. Juli 2016 tagte in New York das Hochrangige Politische Forum (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen. Es ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der 2030-Agenda und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen. Das Forum hat allerdings weder konkrete Entscheidungskompetenzen noch eine direkte Koordinationsfunktion gegenüber Regierungen und UN-Organisationen. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch über Strategien zur Umsetzung der 2030-Agenda, der Präsentation nationaler (Erfolgs-) Stories und der kritischen Analyse von Hindernissen und Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs.

Um zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der 2030-Agenda und ihrer Ziele gemacht haben, sind die Regierungen angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Sie werden als *Voluntary National Reviews* bezeichnet, um auf keinen Fall den Anschein zu erwecken, dass es sich dabei um verbindliche Rechenschaftsberichte handeln könnte. Nichtsdestotrotz gibt es inzwischen Leitlinien für die Erstellung solcher Berichte¹ und in der 2030-Agenda selbst wurde die Erwartung formuliert, dass in die Überprüfungen auch die Beiträge indigener Völker, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und anderer Interessenträger einfließen sollen.² Trotz aller Freiwilligkeit besteht für die Regierungen daher ein gewisser Gruppenzwang (*peer pressure*), solche Berichte zu erstellen. Dem wird sich vermutlich kaum eine Regierung entziehen können.

2016 haben bereits 22 Länder freiwillige Umsetzungsberichte beim HLPF präsentiert, darunter auch China und Deutschland. Für 2017 haben bereits 30 Länder Berichte angekündigt.

22 Länder, die dem HLPF 2016 nationale Berichte vorgelegt haben³

Ägypten, China, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Kolumbien, Rep. Korea, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Montenegro, Norwegen, Philippinen, Samoa, Schweiz, Sierra Leone, Togo, Türkei, Uganda, Venezuela

Die Berichte unterschieden sich erheblich in Umfang und Detailliertheit, Qualität und thematischer Breite, sowie dem Grad der gesellschaftlichen Beteiligung bei ihrer Erstellung und Präsentation in New York. Sechs Monate nach Inkrafttreten der SDGs konnten die Berichte naturgemäß noch wenig über die Fortschritte bei ihrer Umsetzung sagen. Sie demonstrierten aber die politische Bereitschaft der Regierungen, die Ziele ernst zu nehmen und die 2030-Agenda systematisch in allen Politikbereichen zu berücksichtigen. Zugleich sind die Berichte Selbstdarstellungen der Regierungen. Selbstkritik und das Eingeständnis von Schwächen und Handlungsdefiziten findet man in ihnen kaum. Der deutsche Bericht macht immerhin deutlich, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht, wenn er feststellt:

„Insgesamt bleibt jedoch auch für Deutschland noch viel zu tun, um die SDG zu erreichen. Zur Umsetzung der Agenda 2030 ist eine umfassende Transformation in allen Lebensbereichen notwendig. Dafür bedarf es auch einer neuen Kultur der Nachhaltigkeit.“⁴

Insgesamt vermitteln die Regierungsberichte den Eindruck, dass die Länder allesamt auf dem richtigen Weg zur Verwirklichung der SDGs seien. Dass ihre Rhetorik nicht unbedingt etwas mit der gesellschaftliche Realität zu tun hat, ist im Bericht der Türkei

¹ Vgl.

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/9768Guidelines%20from%20SG%20report.pdf>.

² Vgl. UN Dok. A/RES/70/1, Pkt. 79.

³ Die Berichte sind im Internet zugänglich unter <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/inputs>.

⁴ Bundesregierung (2016): Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016. Berlin. (www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/HLPF-Bericht_final_DE.pdf), S. 4.

besonders augenfällig. Angesichts der dortigen Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit mutet es zynisch an, wenn der türkische Bericht feststellt:

“The main objective is to constitute a social structure that respects all religious beliefs and life styles as a fundamental principle that is convenient for individuals and different segments of society to express themselves freely through a pluralist perspective of liberal democracy. Fundamental rights and freedoms are to be continuously enhanced in the light of the universal criteria and practices. Within the framework of pluralist and participatory democratic political processes, strengthening mechanisms to get opinions and preserving the viewpoints of different social groups and NGOs are two of the main objectives.”⁵

Angesichts derartiger Schönfärberei sind die unabhängigen Berichte zivilgesellschaftlicher Organisationen umso wichtiger. Sie zeichnen eher ein ungeschminktes Bild der Lage in den einzelnen Ländern, benennen Hindernisse bei der Verwirklichung der 2030-Agenda und formulieren politische Schlussfolgerungen an die Adresse der Regierungen. Zum HLPF 2016 wurden bereits einige Dutzend derartiger Schattenberichte bzw. Spotlight Reports erarbeitet, u.a. in den Philippinen, Mexiko, Kenia und Finnland.⁶ Wie die Regierungsberichte unterscheiden auch sie sich in Umfang, Qualität und thematischer Ausrichtung erheblich.

Den umfassendsten Bericht auf globaler Ebene hat ein zivilgesellschaftliches Bündnis von rund 20 Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften unter dem Titel „Spotlight on Sustainable Development 2016“ veröffentlicht.⁷ Der Bericht befasst sich vor allem mit den strukturellen Hindernissen und politischen Inkohärenzen bei der Verwirklichung der SDGs auf internationaler Ebene.

Den ausführlichsten nationalen Bericht haben zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland im Vorfeld des HLPF präsentiert. Unter dem Titel „Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016 – Noch lange nicht nachhaltig“ beleuchten 40 Autorinnen und Autoren die Ausgangslage für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in und durch Deutschland und formulieren Schlussfolgerungen für Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.⁸

Dass das HLPF den Anlass bietet, in vielen Ländern neue sektorübergreifende Allianzen von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken zu bilden, um gemeinsam Analysen

⁵ Vgl.

<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/107102030%20Agenda%20Turkey%20Report.pdf>, S. 23.

⁶ Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Berichten findet sich unter

<https://www.2030spotlight.org/en/national-reports>.

⁷ Vgl. www.2030spotlight.org.

⁸ Vgl. www.2030report.de.

und Handlungsempfehlungen für die Verwirklichung der 2030-Agenda zu formulieren, ist eine der wichtigsten (Neben-)Wirkungen des Forums.⁹

Noch befindet sich das HLPF in der Probephase. Ob es dem Anspruch einer zentralen Führungsrolle bei der Gestaltung globaler Nachhaltigkeitspolitik gerecht werden kann, werden erst die nächsten Jahre zeigen.

2. Zeichnet sich ab, dass der Konsens über den breiten Ansatz der Agenda 2030 mit 169 Unterzielen effektiv und effizient auf die Zielerreichung wirkt?

Die SDGs haben zwei wesentliche Charakteristika. Zum einen sind sie mehrdimensional und spiegeln ein breites Entwicklungsverständnis wider, das auf den Menschenrechten basiert, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimension nachhaltiger Entwicklung umfasst, und auch wichtige Aspekte von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit berücksichtigt. Zum anderen sind sie universell gültig. Die Ziele betonen die Notwendigkeit der Veränderungen in allen Ländern der Welt. Gleichzeitig verlieren sie aber nicht die globale Verantwortung der reichen Länder, insbesondere bei der Bekämpfung von Armut und Hunger, aus den Augen.

Viele SDGs sind wesentlich ambitionierter und differenzierter, als es die MDGs waren. Die MDGs sahen beispielsweise vor, den Anteil der Menschen, die in Hunger leben, zu halbieren. Das entsprechende SDG 2 zielt auf die vollständige Beendigung von Hunger und aller Formen von Fehlernährung. Ähnlich ambitioniert sind auch die Ziele zu Gesundheit, Bildung und Geschlechtergerechtigkeit.

Bemerkenswert ist, dass auch die Reduzierung von Ungleichheit („innerhalb und zwischen den Ländern“) als eigenständiges Ziel aufgenommen wurde (SDG 10). Dazu sollen gezielt auch fiskal-, lohn- und sozialpolitische Maßnahmen eingesetzt werden.

Den MDGs hat man zu Recht ökologische Blindheit vorgeworfen. Für die SDGs trifft das nicht zu. Die SDG-Liste enthält eine Reihe ökologischer Ziele, vor allem für die Bereiche Wasser, Energie, Meere, Ökosysteme, nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sowie den Klimaschutz.

Zugleich betont die 2030-Agenda aber auch das Ziel eines dauerhaften Wirtschaftswachstums. Für die ärmsten Länder (LDCs) nennt sie als Zielvorgabe eine Wachstumsrate von mindestens sieben Prozent pro Jahr. Ein solches rein quantitative Ziel lässt sich allerdings nur schwerlich vereinbaren mit den ökologischen Zielen der Agenda.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die 2030-Agenda keineswegs aus einem Guss ist. Sie ist der in sich zum Teil widersprüchliche, aber dennoch bemerkenswerte Kompromiss

⁹ Vgl. Martens, Jens (2016): Das UN-Nachhaltigkeitsforum 2016. Erstes globales Treffen zur Umsetzung von 2030-Agenda und SDGs. Bonn: Global Policy Forum (www.2030agenda.de/sites/default/files/GPF-Briefing_0816_online.pdf).

zwischen den 193 Mitgliedern der UN mit ihren unterschiedlichen Interessen und Prioritäten.

Das Problem ist also nicht der breite Ansatz der SDGs und ihrer 169 Unterziele. Dieser Ansatz ist sachgerecht und spiegelt die Breite der zu bewältigenden globalen Herausforderungen wider. Problematisch sind allerdings die Widersprüchlichkeiten innerhalb des Zielkatalogs und die vage Formulierung der Ziele, die sich mit den Mitteln zur Umsetzung der Agenda befassen. Dies erschwert zweifellos die effektive Verwirklichung einzelner Ziele.

3. Welches sind die größten Herausforderungen zum Erreichen der SDGs und bei der Fortschrittmessung bei den VN und in den Partnerländern, welche finanziellen und rechtlichen Hürden gibt es?

Die 2030 Agenda ist mehr als nur ein Katalog von Entwicklungszielen. Die Regierungen waren sich grundsätzlich einig, dass sie in der neuen Agenda nicht nur die gemeinsamen Ziele für die kommenden 15 Jahre definieren können, wenn sie nicht gleichzeitig auch die Mittel und Wege beschreiben, um diese Ziele zu erreichen. Umstritten blieb allerdings bis zuletzt, welche Mittel dies sein sollen und wer für Ihre Bereitstellung verantwortlich ist.

Die in der Gruppe der 77 (G77) zusammengeschlossenen Länder des globalen Südens fordern als Voraussetzung für die Verwirklichung der SDGs, die globale Partnerschaft zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern neu zu beleben. Darunter verstehen sie insbesondere die Verantwortung der klassischen Industrieländer für Entwicklungsfinanzierung, faire Handels- und Investitionsregeln, Technologieförderung und Kapazitätsaufbau.

Die USA, die EU und ihre Verbündeten sprechen dagegen lieber von der gemeinsamen Verantwortung aller Länder jenseits der klassischen Nord-Süd-Dichotomie. Zugleich betonten sie, dass die Umsetzung der SDGs nicht allein Aufgabe der Staaten sein könne, sondern dazu neue (globale) Partnerschaften öffentlicher und privater Akteure notwendig seien (s.u.).

Dass sich die 2030 Agenda nicht darauf beschränkt, einige hehre Ziele zu definieren, sondern auch die Mittel beschreibt, die zu ihrer Umsetzung benötigt werden, ist zweifellos ein Fortschritt gegenüber den MDGs. Der SDG-Katalog enthält allein 62 Zielvorgaben, die politische Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs nennen. Viele von ihnen wurden allerdings im Verhandlungspoker soweit verwässert, dass sich aus ihnen kaum spezifische Handlungsverpflichtungen ableiten lassen. Dazu müssen die Regierungen die generellen Aussagen nun in konkrete politische Handlungsstrategien und nationale Zeitpläne übersetzen. Das gilt auch für Deutschland.

Die größte Herausforderung besteht in diesem Zusammenhang darin, in den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien auch die Mittel und Wege zur Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele systematisch abzubilden. So wie die SDGs mit ihrem mehrdimensionalen Ansatz alle Politikfelder betreffen, muss auch ihre Umsetzung im Sinne einer kohärenten Gesamtstrategie zur Aufgabe aller Ressorts gemacht werden. Dabei müssen Zielkonflikte

überwunden und Partikularinteressen (z.B. der deutschen Braunkohleindustrie) dem Nachhaltigkeitsprimat der 2030-Agenda untergeordnet werden. Nur wenn dies gelingt, besteht die (zumindest theoretische) Chance, dass die neue Entwicklungsagenda ihrem Anspruch einer Transformationsagenda gerecht wird.

Herausforderung „SDG-Indikatoren“

Eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der 2030-Agenda sind die Indikatoren, mit denen die Verwirklichung der Zielvorgaben gemessen wird. Die Regierungen hatten dieses Thema aus den Verhandlungen über die 2030-Agenda weitgehend ausgeklammert, weil sie das Aushandeln einzelner Indikatoren auf politischer Ebene als kaum machbar ansahen. Stattdessen erteilten sie der Statistikkommission der UN das Mandat, bis zu ihrer Tagung im März 2016 ein Set von SDG-Indikatoren zu vereinbaren. Der Statistikkommission gehören überwiegend Vertreter/innen nationaler Statistikbehörden, aus Deutschland des Statistischen Bundesamtes, an. Die Statistikkommission hat ihrerseits eine Arbeitsgruppe (Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators, IAEG-SDGs) eingesetzt, um eine Liste universeller SDG-Indikatoren zu entwickeln.¹⁰

Im März 2016 hat die IAEG-SDGs ihre Vorschläge in der Tagung der Statistikkommission eingebracht. Die Vorschläge umfassen 230 Einzelindikatoren, von denen ein Teil bereits voll entwickelt ist, weitere aber noch weiter präzisiert werden müssen. Auch fehlen für zahlreiche Indikatoren bisher die Daten.

Unterschieden werden drei Kategorien von Indikatoren:

Kategorie 1: Indikatoren, die konzeptionell klar sind, für die eine anerkannte Methodik existiert, und für die regelmäßig von den Ländern Daten erhoben werden (81 Indikatoren)

Kategorie 2: Indikatoren, die konzeptionell klar sind, für die eine anerkannte Methodik existiert, aber für die bisher nicht regelmäßig von den Ländern Daten erhoben werden (57 Indikatoren)

Kategorie 3: Indikatoren, für die bisher keine anerkannte Methodik existiert und keine Daten erhoben werden (88 Indikatoren)

Insgesamt ist die Indikatoren-Liste noch nicht endgültig. Bestehende Lücken sollen sukzessive geschlossen werden.

4. Wie kann die deutsche EZ auf der Ebene internationaler und multilateraler Institutionen und in Partnerländern zum Erreichen der SDGs beitragen?

Für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutet der Umsetzungsprozess der 2030 Agenda eine besondere Herausforderung. Denn die Federführung für die nationale

¹⁰ S. dazu <http://unstats.un.org/sdgs/>.

Nachhaltigkeitsstrategie liegt nicht BMZ sondern im Bundeskanzleramt. Das Themenspektrum der SDGs reicht zudem weit über den Zuständigkeitsbereich des BMZ hinaus und berührt faktisch alle Ressorts, von Arbeit und Soziales über Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Gesundheit, Wirtschaft und Energie bis hin zum Verbraucherschutz. Will das BMZ vermeiden, dass es im Umsetzungsprozess der 2030-Agenda nur eine Nebenrolle spielt, muss es sich dafür stark machen, dass die internationale Verantwortung Deutschlands systematisch in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie und ihrem Ziel- und Indikatorensystem berücksichtigt wird. Denn bisher war dies nur ein Randthema und mit zwei Zielvorgaben zur öffentlichen Entwicklungsfinanzierung (ODA) und den Importen aus Entwicklungsländern völlig unzureichend abgebildet.

Zugleich muss die deutsche Entwicklungspolitik stärker als bisher im eigenen Land ansetzen. Sie muss sich wirksam dafür einsetzen, dass die Politik aller Ressorts im Einklang mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung erfolgt und die deutsche Gesellschaft ihre Konsum- und Wirtschaftsweise so transformiert, dass sie gegenüber den Ländern des Südens keinen Schaden anrichtet und keine Entwicklungschancen verhindert. Mit der Zukunftscharta und dem Textilbündnis hat das BMZ erste vorsichtige Schritte einer Neuausrichtung der Entwicklungspolitik unternommen, ohne dass hier allerdings bisher praktische positive Wirkungen zu verzeichnen wären.

Der stärkere Fokus auf das „Entwicklungsland Deutschland“ und seine globale Verantwortung muss sich systematisch in der Programmatik und Förderpolitik des Ministeriums widerspiegeln. Das betrifft alle Politikebenen von der lokalen bis zur globalen EZ, und dabei insbesondere auch die finanziellen Beiträge an die Vereinten Nationen.

Die Mittel, die den Vereinten Nationen zur Verfügung stehen, sind zwar in den letzten Jahren erheblich gewachsen, das betrifft aber nicht die Kernhaushalte der Programme und Fonds. Die Regierungen stellen lediglich mehr zweckgebundene Mittel zur Verfügung, über die die UN nicht frei verfügen können. Die Regierungen missbrauchen damit die UN als „implementing agency“ für ihre eigene bilaterale Entwicklungspolitik.

Ein zusätzliches Problem für die Entwicklungsprogramme und Fonds der UN besteht darin, dass die freiwilligen Zusagen in der Regel lediglich für ein Jahr gemacht werden und entsprechend schwer vorhersehbar sind. Die UN müssen alle Jahre wieder mit dem Klingelbeutel herumgehen, um bei den Regierungen die Beiträge für die Entwicklungsprogramme und -fonds einzusammeln. Angesichts dieser prekären Einnahmesituation kann die UN ihre Entwicklungszusammenarbeit nicht seriös für mehrere Jahre planen. Dies widerspricht den Verpflichtungen aus der Pariser Erklärung, die Entwicklungszusammenarbeit durch Mehrjahreszusagen berechenbarer zu machen. Dass dies grundsätzlich möglich ist, zeigen die Wiederauffüllungsrunden für den Europäischen Entwicklungsfonds und die Weltbanktochter IDA.

Nach wie vor hält sich bei vielen Politikern und Medien hartnäckig der Mythos vom bürokratischen Wasserkopf UN, dem globalen Moloch, der Milliarden von Steuergeldern verschlingt. Die Realität sieht anders aus: Der ordentliche Haushalt der Vereinten Nationen mit ihren Sekretariaten in New York, Genf, Wien und Nairobi hat 2016 einen

Umfang von gerade einmal 2,7 Mrd. US-Dollar. Viele Arbeitsbereiche der UN sind dramatisch unterfinanziert, die Infrastruktur des UN-Sekretariats in New York ist in einem maroden Zustand.

Damit die Vereinten Nationen einen effektiven Beitrag zur Umsetzung der 2030-Agenda und der SDGs leisten können, müssen ihre strukturellen Finanzprobleme gelöst werden. Dies betrifft sowohl die Quantität als auch die Qualität der Finanzierung.

Bundesregierung und Bundestag sollten sich daher dafür einsetzen

- die ordentlichen Haushaltsmittel der UN und der für die Umsetzung der SDGs relevanten Sonderorganisationen substantiell zu erhöhen;
- die Zweckbindung der freiwilligen Beiträge an die Entwicklungsprogramme und Fonds der UN zu reduzieren;
- die Planungssicherheit der UN durch Mehrjahreszusagen zu erhöhen;
- die UN darin zu unterstützen, längerfristig eigene Finanzierungsquellen durch internationale Steuern, Abgaben oder Solidarbeiträge zu erschließen.

5. Wie und mit welchen Mechanismen kann politische Kohärenz für Nachhaltigkeit überprüft werden?

Trotz aller Plädoyers für mehr entwicklungspolitische Kohärenz wird nach wie vor nicht systematisch geprüft, ob alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen in Deutschland im Einklang mit den Menschenrechten und den Zielen nachhaltiger Entwicklung erfolgen. Zwar ist eine grundsätzliche Aufgabe der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, das Handeln der Bundesregierung an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten, in der praktischen Umsetzung fehlt es jedoch bisher an den schlagkräftigen Institutionen und Instrumentarien.

Eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung und Weiterentwicklung der 2030-Agenda in Deutschland ist aber neben der Formulierung einer entsprechend ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategie die institutionelle Verankerung der Agenda und ihrer Ziele in der deutschen Politik. Ein Problem besteht bisher in der Diskrepanz zwischen der Themenbreite der Agenda und dem begrenzten Mandat der federführenden Akteure in Bundesregierung und Bundestag.

Die 2030-Agenda betrifft faktisch alle Ressorts der Bundesregierung. Die fachliche Zuständigkeit für den internationalen Prozess lag bisher gemeinsam beim BMZ und dem BMUB. Für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat dagegen das Bundeskanzleramt die Federführung.

Um die 2030-Agenda in Deutschland effektiv umzusetzen, wären eine Reihe von institutionellen Reformen erforderlich, die dazu beitragen, die deutsche Politik kohärent an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten und dieses Thema im politischen Raum hochrangig zu verankern. Dazu zählen unter anderem:

- Die Aufwertung des Parlamentarischen Berats für nachhaltige Entwicklung zu einem regulären **Bundestagsausschuss für Nachhaltigkeit**, um auf Ebene des Bundestages die Umsetzung der 2030-Agenda koordinierend zu begleiten.
- Die Durchführung eines systematischen „**Nachhaltigkeits-TÜV**“ *ex ante* für sämtliche politischen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben. Dies gilt auch für Entscheidungen der Bundesregierung auf EU-Ebene, beispielsweise im Rahmen der europäischen Agrarpolitik und der Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen wie CETA, TTIP und TISA. Der entsprechend aufgewertete Bundestagsausschuss für Nachhaltigkeit könnte dabei eine zentrale Funktion übernehmen und müsste die dafür notwendigen Kompetenzen und finanziellen Mittel erhalten.
- Die Vorlage eines jährlichen **SDG-Berichts der Bundesregierung** über die Umsetzung der 2030-Agenda zur Diskussion mit Bundestag und Zivilgesellschaft. Der Bericht wäre auch Grundlage für die erforderliche Berichterstattung gegenüber den Vereinten Nationen.

6. Welche Rolle haben private Akteure, insbesondere aus der Wirtschaft?

Im Umsetzungsprozess der 2030-Agenda und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zeigt sich ein problematischer Trend der Privatisierung von staatlicher Verantwortung. Der umfassende Zielkatalog lasse sich nicht allein von Regierungen umsetzen, sondern erfordere neue Partnerschaften mit der Wirtschaft – so der Tenor von Stellungnahmen vieler Unternehmensvertreter und westlicher Regierungen.

Unternehmen und ihre Interessenvertreter nutzen unterschiedlichste Formen öffentlich-privater Partnerschaften, um verschärfte staatliche Regulierung als überflüssig und neue Formen von ‚Multistakeholder-Governance‘ als alternativlos darzustellen. Die Organisationen des UN-Systems sind mittlerweile hunderte derartige Partnerschaften eingegangen. Dazu gehören beispielsweise die Initiativen ‚Every Drop Matters‘ von Coca-Cola und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), ‚Hairdressers Against AIDS‘ von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und L’Oréal sowie die Better Than Cash Alliance, an der neben dem Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) unter anderem die Finanzkonzerne VISA und Citigroup beteiligt sind. Hinzu kamen in den letzten Jahren eine Reihe weltweiter Partnerschaften wie ‚Sustainable Energy for All‘, ‚Scaling Up Nutrition‘ und ‚Every Woman Every Child‘. Treibende Kräfte hinter diesen Partnerschaften sind die Bill & Melinda Gates Foundation und die vom CNN-Gründer Ted Turner ins Leben gerufene UN Foundation.

Die Vorstellung, Großkonzerne und ihre Lobbygruppen würden die Vereinten Nationen ‚kapern‘, ist allerdings irreführend. Denn allzu oft sind es die Sekretariate der UN-Organisationen selbst, die angesichts leerer Kassen die Partnerschaft mit der Wirtschaft suchen. Bislang wurde in UN-Kreisen allerdings oft übersehen, dass die Weltorganisation durch zu große Wirtschaftsnähe massiven Schaden nehmen kann.

Die Risiken, die der wachsende Wirtschaftseinfluss in den Vereinten Nationen mit sich bringt, sind vielfältig.

Sehr offensichtlich ist die Gefahr eines Übergewichts ökonomischer Partikularinteressen. Die Rezepte privatwirtschaftlicher Akteure zur Lösung weltweiter Probleme zielen regelmäßig auf die Schaffung eines unternehmerfreundlichen Investitionsklimas, den Abbau von Handelshemmnissen und die Öffnung der Märkte. Die bitteren Erfahrungen, die viele Länder des globalen Südens mit den Folgen von Deregulierung, Liberalisierung und erzwungener Marktöffnung gemacht haben, zeigen jedoch, dass die einfache Gleichung ‚was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für die Gesellschaft‘ nicht aufgeht.

Die verstärkte Kooperation von UN-Organisationen mit einzelnen Unternehmen kann zudem zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Derartige Partnerschaften können den beteiligten Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenzfirmen einen Imagegewinn verschaffen, sie bei der Erschließung von Märkten unterstützen und ihnen den Zugang zu Regierungsstellen erleichtern. Die Leidtragenden sind nicht selten kleine lokale Unternehmen, denen eine solche Bevorzugung nicht zuteil wird.

Viele sehen den größten ‚Aktivposten‘ der Vereinten Nationen in ihrer moralischen Autorität und der Rolle als ‚neutraler Broker‘ zur Vermittlung bei Interessenskonflikten. Aus diesem Grund wirft der Schulterschluss mit solchen Unternehmen, deren Aktivitäten dem Geist der UN-Charta widersprechen und die für die Verletzung von Normen und Standards der UN verantwortlich sind, ein schlechtes Licht auf die UN und schadet ihrer Reputation. Dies gilt insbesondere für Partnerschaften mit Konzernen wie Shell, Nestlè oder Coca-Cola, denen die Verletzung von Umwelt-, Sozial- oder Menschenrechtsstandards vorgeworfen wird.

Bitter ist für die Sekretariate vieler UN-Organisationen, dass der finanzielle Nutzen ihrer Öffnung gegenüber der Privatwirtschaft bislang gering blieb. Bei UNDP kamen zwischen den Jahren 2009 und 2013 gerade einmal 0,5 Prozent der Finanzbeiträge von privaten Unternehmen. Unternehmen erhalten das Image und die Beziehungen der UN praktisch zum Schnäppchenpreis.

Eine wichtige Ausnahme bilden Bill Gates und Ted Turner mit ihren Stiftungen. Turner’s Stiftung finanziert mittlerweile wesentliche Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit der UN. Die Stiftung von Bill Gates war im Jahr 2015 der zweitgrößte Finanzier der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nach den USA und weit vor Deutschland. Die Abhängigkeit der UN von diesen privaten Mäzenen und ihren Stiftungen wächst.

Dies wirft die Frage nach den Konsequenzen des wachsenden Einflusses privatwirtschaftlicher Akteure für demokratische Entscheidungsprozesse auf globaler Ebene auf. Denn die Kooperationen und Partnerschaften zwischen UN-Organisationen und privaten Akteuren vollziehen sich bislang außerhalb der Entscheidungsgewalt und der Kontrolle zwischenstaatlicher Gremien wie der UN-Generalversammlung. Bei einigen dieser Partnerschaftsmodelle erhalten private Geldgeber die Mitentscheidungsgewalt über die Prioritäten internationaler Politik und die Verwendung (zumindest teilweise) öffentlicher Gelder. Diese Modelle relativieren die politische und völkerrechtliche Stellung von Regierungen und Parlamenten. Sie

reduzieren diese zu „Stakeholdern“, die auf gleicher Augenhöhe stehen mit privaten Unternehmen, Stiftungen und gelegentlich auch internationalen nichtstaatlichen Organisationen (NGOs). Es ist höchste Zeit, diesen Trend zu stoppen, den wachsenden Wirtschaftseinfluss in den UN einzudämmen und Modelle eines demokratischen Multilateralismus zu stärken.

Um diesem Trend (zumindest symbolisch) entgegenzuwirken und die Vereinten Nationen im Bereich der Entwicklungsfinanzierung zu stärken, vereinbarten die Regierungen im Schlussteil der Aktionsagenda von Addis Abeba, ein Forum für Entwicklungsfinanzierung unter dem Dach des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der UN einzurichten. Das neue Forum soll jährlich für fünf Tage zusammenkommen, um sowohl die Umsetzung der FfD-Beschlüsse als auch der Vereinbarungen über die Mittel zur Umsetzung der 2030 Agenda zu überprüfen. Die im Konsens verabschiedeten Schlussfolgerungen des Forums sollen in die jährlichen Tagungen des HLPF eingespeist werden.

Das FfD-Forum tagte zum ersten Mal vom 18. bis 20. April 2016 in New York. Bei dieser konstituierenden Tagung war die Agenda bestimmt von den Diskussionen über die Abläufe und die Rolle des Forums selbst. Die Verhandlungen der Regierungsvertreter/innen über das Abschlussdokument gestalteten sich als schwierig. Es umfasste am Ende lediglich vier Absätze: Die Regierungen versichern sich wechselseitig ihres guten Willens, erinnern in sehr allgemeinen Worten an die Ergebnisse von Addis Abeba, loben den Bericht der Inter-Agency Task Force on Financing for Development und beschließen, mit den Vorbereitungen zum nächsten FfD-Forum 2017 eher zu beginnen. Die beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich in der CSO Financing for Development Group zusammengeschlossen haben, werteten das erste FfD-Forum als verpasste Gelegenheit. Dennoch bleibt das Potential des FfD-Forums unbestritten. Den ersten wirklichen Test seiner Wirksamkeit wird die zweite Tagung des FfD-Forums im Mai 2017 ermöglichen.¹¹

¹¹ Vgl. dazu Obenland, Wolfgang (2016): Mühsamer Start. Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda auf dem Prüfstand. Bonn: Global Policy Forum (www.2030agenda.de/sites/default/files/GPF-Briefing_0916_online.pdf).

Anhang

Auszug aus “Spotlight on Sustainable Development 2016. Report of the Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development”
(www.2030spotlight.org)

The 2030 Agenda – a new start towards global sustainability?

By Jens Martens on behalf of the Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development¹²

The 2030 Agenda for Sustainable Development adopted unanimously at the United Nations by world Heads of States and Governments in September 2015 is highly ambitious. If taken seriously it has the potential to change the prevailing development paradigm by re-emphasizing the multidimensional and interrelated nature of sustainable development and its universal applicability.

A window of opportunities

The 2030 Agenda offers the opportunity to correct the errors and omissions of the ‘MDG approach’ – an approach that has reduced the development discourse to a focus on the symptoms of extreme poverty and the provision of basic social services in poor countries. While – without doubt – these issues are extremely important, the MDG approach failed to address adequately the structural flaws of the global economic and financial systems, the imperative of ecological sustainability and the responsibilities of the global North.

The 2030 Agenda offers the opportunity to respond in an integrated manner to urgent global problems, such as accelerating global warming and growing inequalities. The Sustainable Development Goals (SDGs) contained in the 2030 Agenda incorporate a commitment to reduce inequalities within and among countries, a clear demand for sustainable consumption and production patterns and the aspiration for peace, fair governance and justice.

The 2030 Agenda is universal, not just because the SDGs are global in scope, but also because all countries have to do something to achieve them. No country can deem itself to be sustainably developed and having already done its part to meet the SDGs. The 2030 Agenda offers the opportunity to challenge the idea that development is a phenomenon that occurs only in countries of the global South while the North is already ‘developed’.

¹² Barbara Adams (Global Policy Forum), Gita Sen (DAWN), Hubert Schillinger (Friedrich-Ebert-Stiftung), Nicole Bidegain (DAWN), Thomas Mättig (Friedrich-Ebert-Stiftung), Roberto Bissio (Social Watch), Wolfgang Obenland (Global Policy Forum), Chee Yoke Ling (Third World Network), and Ziad Abdel Samad (ANND) contributed to this article.

Obstacles and contradictions remain

However, the 2030 Agenda is not free of contradictions and fails to adequately address a number of goals and targets, particularly when it comes to their means of implementation. The 2030 Agenda represents a compromise among 193 governments and far from perfect. But for the first time in an intergovernmental document, it acknowledges the “enormous disparities of opportunity, wealth and power”¹³ as immense challenge to sustainable development.

Disparities and inequalities also have detrimental human rights effects. Even the IMF recently confirmed that income inequality is, for example, highly correlated with gender inequality.¹⁴ Therefore, overcoming gender inequality requires, *inter alia*, challenging economic policies and institutions that have entrenched social inequalities and undermined the capacity of states to meet their commitments to women’s rights.

But there are further severe obstacles to the implementation of the 2030 Agenda and overcoming them is a prerequisite for achieving the SDGs and fulfilling the commitments made to human rights and sustainability:

For too long, economic policies have been shaped by acceptance of neoliberal policies »without alternatives«. But taking the title of the 2030 Agenda, “Transforming our World”, seriously implies that its implementation should lead to structural transformations instead of being led by the interests and advice of those governments, elite class sectors, corporate interest groups and institutions which have taken us down paths that are unsustainable and continue to create global obstacles to the implementation of the agenda.

Thus, it is irritating that the International Chamber of Commerce (ICC) as coordinator of the Global Business Alliance for 2030 (an umbrella group of major global industry associations and business organizations) can claim to play a key role in implementing the 2030 Agenda, offering “comprehensive engagement with the full diversity of business expertise.”¹⁵

Corporate lobby groups such as the ICC have been advocating for exactly those trade, investment and financial rules that have destabilized the global economy and exacerbated inequalities in both the global North and the global South. Furthermore, a plethora of bilateral investment treaties as well as a new generation of free trade agreements in conjunction with the multilateral Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS) have not only reduced the policy space of governments to implement sound social, environmental and developmental policies but in numerous instances seriously undermined existing social, environmental and human rights standards. These and other domestic policies in the spirit of the dominant neoliberal paradigm have further strengthened the power of investors and big corporations and, by the same token, weakened the role of the state and its ability to

¹³ United Nations (2015), para. 14.

¹⁴ Cf. Gonzales et al. (2015).

¹⁵ Cf. www.sdgfund.org/getting-architecture-right-attracting-business-expertise-and-action-sustainable-development-road and www.gbafor2030.org/.

promote human rights and sustainability. The 2030 Agenda does not provide an adequate response to these challenges.

In the name of “international competitiveness” countries continue to compete in a race to the bottom, offering lower taxes and cheaper labour so as to attract investments. Tax havens allow for tax evasion. The leak of the “Panama Papers” published in 2015 illustrated how wealthy individuals are using a global net of secretive offshore companies to hide financial assets, and to avoid or evade tax payments. So too did the “Luxleaks” scandal in 2014 uncovering corporate tax evasion on an “industrial scale”, as well as the Mbeki-report of 2015 on illicit financial outflows from Africa, conservatively estimated at US\$ 60 billion a year and predominantly business-related through trade mispricing or abusive transfer-pricing by multinational corporations. These practices seriously undermine the ability of states to finance and implement the 2030 Agenda.

Finally, the obsession with growth, backed up by the dominant economic regime, provides the drive to exploit nature, relies on fossil fuels and depletes biodiversity, undermining the provision of essential services. The decision in the 2030 Agenda (SDG Target 8.4) to improve progressively global resource efficiency and to decouple economic growth from environmental degradation, is a necessary, but by no means sufficient response to the transgression of the planetary boundaries. Here, as in other areas a combination of low levels of ambition, inadequate and contradictory goals, targets and indicators makes it impossible to stop or reverse the damage done to the global environment and scale down human demands on the earth’s ecosystem. This lack of a serious political agenda presents a virtually insurmountable impediment the realization of the 2030 Agenda.

Without addressing the structural obstacles and inbuilt contradictions it will be difficult, if not impossible to achieve the SDGs by 2030.

Worsened global political and economic environment

Indeed, in the first year of the implementation of the 2030 Agenda it seems that the global political and economic environment for its implementation has become even worse.

Negotiations on multilateral trade and investment agreements are well underway, with the Trans Pacific Partnership (TPP) signed on 4 February 2016 in Auckland, New Zealand, and awaiting only ratification and the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) between the European Union and the United States to be finalized by the end of 2016. In their current form these agreements could seriously undermine important goals and targets of the 2030 Agenda. These agreements regard social, environmental and human rights standards as potential non-tariff barriers to trade and investment, which have to be ‘harmonized’ or removed.

The investor-state dispute settlement system, even if relabeled as an investment court system, gives foreign investors the power to effectively undermine regulations, such as those designed to protect public health or to reduce carbon emissions, by suing governments for lost future profits even if it goes against the rulings of domestic courts of law, or even national constitutions.

While the United States and the European Union follow a strict liberalization agenda with regard to the free flow of goods and services, many of their leading politicians have successfully pressed countries to build new border fences to keep out people, be it migrants or refugees. Governments committed in Target 10.7 of the SDGs to facilitate orderly, safe, regular, and responsible migration and mobility of people, but, so far, the European Union has failed to adopt, let alone implement well-planned and managed migration policies based on the principle of solidarity and has failed to prevent the death of thousands of refugees in the Mediterranean.

The current 'refugee crisis' is not a kind of natural disaster but has very concrete internal and external causes. These range from corruption, clientelism, nepotism, and policies of discrimination and exclusion in countries of origin, to the devastating external effects of climate change and the economic and agricultural policies of rich countries. If governments do not address these issues adequately in their implementation strategies for the 2030 Agenda, global inequalities will increase further, with seriously detrimental impacts on global peace and stability.

The increasing global concentration of corporate power will exacerbate all of these trends if governments continue to regard such power as inevitable. In 2015 the merger and acquisition activities of transnational corporations reached an all-time high. The merger of Heinz and Kraft formed the world's fifth largest food and beverage company; Anheuser-Busch InBev took over SABMiller in a deal that combines the world's two largest beer makers; US chemical giants Dow Chemical and DuPont announced plans to merge by the end of 2016; and in May 2016, the German pharma and chemical company Bayer offered to acquire Monsanto, creating the world's largest producer of chemicals and seeds with an estimated global market share of 30 percent. These and many more mega-deals have been supported or even initiated by a small group of corporate 'control-holders', particularly transnational banks and investment funds, with no effective government opposition. The resulting concentration of economic power distorts the functioning of financial and labor markets and undermines democratic decision-making processes, threatening the ability to implement the 2030 Agenda and the SDGs and rendering some of them (such as SDG 2 on food and agriculture, SDG 3 on health and SDG 12 on sustainable consumption and production) essentially meaningless.

But there are positive signals

Despite these numerous alarming trends there are also some positive signals. In many countries discussions and consultations have started about how to use the 2030 Agenda as a reference framework for shaping national policies and adapt it to specific national realities. A total of 22 countries, from the global North as well as South, have agreed to conduct national reviews and to present their national strategies for implementing the 2030 Agenda at the UN High Level Political Forum in New York in July.¹⁶

Even the G20 under the Chinese presidency made the implementation of the 2030 Agenda to one of its key agenda items. In his message on the G20 presidency, Chinese President Xi Jinping suggested that all G20 members develop national plans for the implementation of the 2030 Agenda, "based on which a G20 collective action plan could

¹⁶ Cf. <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>.

be collated.”¹⁷ However, this must not undermine the UN and its High-Level Political Forum as core institution in the follow-up and review of the 2030 Agenda.

Also positive is the fact that civil society organizations and networks have started to create cross-sectoral alliances at national and international level, bringing together a broad range of environment, development and human rights groups as well as trade unions and social justice organizations.

Even at local level, citizen groups and local authorities have started consultations on sustainability goals and strategies for their cities and communities. These discussion processes are much more than just a ‘trickle down effect’ of the SDG process at global level. Social change cannot be decreed top-down either by governments or by the UN. The critical engagement of civil society groups and the broader public will be essential for triggering the necessary change towards global sustainability.

Independent monitoring and review indispensable

The political success of the 2030 Agenda and its SDGs will depend on the adoption of appropriate strategies and policies, available resources and other means of implementation. Accountability mechanisms are important tools for strengthening political commitment and effectiveness. Thus the successful process relies a lot on the effective monitoring of progress or regressive developments in achieving the goals.

The 2030 Agenda includes a special chapter on “follow-up and review” at national, regional and global levels. Governments agreed only to the voluntary sharing of experiences and peer learning and failed to introduce an effective intergovernmental monitoring mechanism, building, for instance, on the experience of the Universal Periodic Review (UPR) in the human rights field.

It is important to ensure that the monitoring and review process, like the implementation strategies themselves, not be dominated by the rich and powerful, including both countries and multinational corporations. In this regard, it is particularly worrying that in some cases not only the implementation of certain goals and targets but also their monitoring is being outsourced to “partnerships” involving funders, corporations, foundations and civil society organizations. This self-monitoring undermines independent and objective assessment.

These developments underline the need for strong independent monitoring efforts on the 2030 Agenda and its SDGs. However, monitoring and review should not be reduced to the implementation of the SDGs and their related targets, often measured by inadequate indicators. Previous experience clearly shows that monitoring of outputs or outcomes alone is by no means sufficient. Rather, policies and policy changes (and not just outcomes) in the follow-up of the 2030 Agenda should be scrutinized. These analyses are by their very nature qualitative rather than purely quantitative.

Civil society organizations have to play a key role as independent watchdogs to monitor the (positive or negative) contributions by governments, international organizations,

¹⁷ Cf. www.g20.org/English/China2016/G202016/201512/P020151210392071823168.pdf, p. 13.

International Financial Institutions and Multilateral Development Banks as well as transnational corporations to the implementation of the 2030 Agenda.

This *Spotlight Report 2016* produced by an international alliance of CSOs and networks, intends to contribute to this objective. It analyses and assesses the extent to which policies are framed by the ambitious principles of the 2030 Agenda, particularly the human rights framework. It highlights particularly the role of the rich and powerful actors in the global system, based on their economic influence and political weight in international decision-making. However, it is impossible to undertake a comprehensive assessment of the political implementation of the 2030 Agenda less than a year after its adoption. As implementation of the 2030 Agenda gets further underway, these Spotlight reports will be issued regularly.

References

Gonzales, Christian et al. (2015): Catalyst for Change: Empowering Women and Tackling Income Inequality. Washington, D.C.: IMF (IMF Staff Discussion Note SDN/15/20, October 2015).
www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=43346

United Nations (2015): Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York (UN Doc. A/RES/70/1).
<https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf>